

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/80561/1675283/sonderkonferenz-der-laenderbauminister-verbaende-bringen-vorschlaege-fuer-mehr-wohnungen-ein> abgerufen werden.

## DGfM / BDB / BFW / IG BAU / DMB

Sonderkonferenz der Länderbauminister: Verbände bringen Vorschläge für mehr Wohnungen ein  
Bessere Abschreibungsbedingungen zentrale Stellschraube für mehr altersgerechte und energieeffiziente Wohnungen

02.09.2010 - 15:30 Uhr, DGfM / BDB / BFW / IG BAU / DMB

Berlin (ots) - Vor der morgigen Sonderkonferenz der Länderbauminister haben die IG Bauen-Agrar-Umwelt, der Deutsche Mieterbund und Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft für einen neuen Ansatz in der Wohnungsbaupolitik geworben. Im Gespräch mit Vertretern der Länder und des Bundes lag ein besonderer Fokus auf der Erhöhung der Abschreibungssätze im Wohnungsbau. Berechnungen des Pestel Instituts Hannover und eine Umfrage unter Bauträgern belegen die Wirksamkeit dieser Maßnahme und ihre positiven Auswirkungen eindringlich. Bereits im Jahr der Einführung verbesserter Abschreibungssätze würden die Steuern und Sozialabgaben die öffentlichen Haushalte unterm Strich entlasten.

Die Kürzungspläne der Bundesregierung bei den KfW-Programmen und den Mitteln für den Stadtumbau werden die Bereitstellung von energieeffizientem und altersgerechtem Wohnraum noch weiter verlangsamen. Das Erreichen der Klimaschutzziele und die nötige Anpassung des Gebäudebestandes an den demografischen Wandel werden ohne ein Abändern dieser Pläne nicht verwirklicht werden. Die erfolgreichen KfW-Programme sollten besser verstetigt und für den Bestandsersatz nicht sanierungsfähiger Wohnungen geöffnet werden.

Der Direktor des Deutschen Mieterbundes Lukas Siebenkotten nennt insbesondere die Fertigstellungszahlen im Mietwohnungsbereich alarmierend: "2009 wurden nur noch knapp 25.000 Mietwohnungen neu gebaut. Die Bundesregierung muss hier endlich eingreifen und gegensteuern. Denn Wohnungsmangel ist nicht nur ein Problem in München und Hamburg. Gerade für Mieter mit geringen Einkommen sind die Mieten in vielen Regionen Deutschlands bereits heute deutlich zu hoch. Und die beabsichtigte Kürzung beim Wohngeld gießt zusätzliches Öl ins Feuer."

Ira von Cölln, Bundesgeschäftsführerin des BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. beschreibt die Wirkungsweise verbesserter Abschreibungsbedingungen: "Wir benötigen verbesserte Abschreibungssätze, damit Investitionen in den Mietwohnungsbau wieder rentabel werden. Nur so werden die benötigten altersgerechten und energieeffizienten Wohnungen gebaut, die auch für Normalverdiener bezahlbar sind."

Michael Hölker, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Baustoff-Fachhandel, setzt den Wohnungsbau ins Verhältnis zu den Herausforderungen der demografischen Entwicklung: "Die allermeisten älteren Menschen wünschen sich, in der eigenen Wohnung zu altern. Können wir diesem Wunsch entsprechen, entlasten wir zugleich die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig. Für die Bereitstellung von barrierearmem, bezahlbarem Wohnraum brauchen wir aber bessere Rahmenbedingungen, die bundesweit wirken", so Hölker.

Norbert Ewald vom Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt warnt eindringlich vor dem Verlust von Arbeitsplätzen: "Die KfW-Programme zur energetischen Gebäudesanierung waren bisher sehr erfolgreich. Sie haben 2009 fast 290.000 Arbeitsplätze gesichert. Die vorgesehene Kürzung bei den CO2-Gebäudesanierungsprogrammen gefährdet bis zu 100.000 Arbeitsplätze." Ewald weist auf die starke Hebelwirkung dieser Programme hin: "Mit einem Euro an Bundesmitteln werden bis zu neun Euro an Investitionen mobilisiert."

Der Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau Dr. Ronald Rast betont die gesellschaftliche Verantwortung, die der Politik im Bereich Wohnen und Stadtumbau zukommt: "Jeder braucht eine Wohnung. Der Aufschrei quer durch unsere Gesellschaft, der von den Kürzungsplänen der Bundesregierung verursacht wurde, belegt die hohe Bedeutung des sozialen Guts Wohnen. Die Bundesregierung kann mit wenigen Entscheidungen die nötige Wende in der Wohnungsbaupolitik einleiten. Bei der Umsetzung steht unser breites gesellschaftliches Bündnis pro Wohnungsbau gerne beratend zur Seite."

Pressekontakt:

Johannes Sibbor  
Weber Shandwick  
Tel: 030-20351-214  
Fax: 030-20351-190  
E-Mail: [jsibbor@webershandwick.com](mailto:jsibbor@webershandwick.com)

Originaltext:

DGfM / BDB / BFW / IG BAU / DMB

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/80561/dgfm-bdb-bfw-ig-bau-dmb>

Pressemappe als RSS:

[http://presseportal.de/rss/pm\\_80561.rss2](http://presseportal.de/rss/pm_80561.rss2)